



April 2018

Liebe Leserin,
lieber Leser meines Newsletters,

in den letzten Sitzungstagen haben wir im Hessischen Landtag über die Bildungs- und Erziehungspolitik in unserem Land diskutiert. Einer der Zukunftsbereiche der Politik. Insofern kommt ihr eine hohe Bedeutung zu. Leider ist Hessen von der jetzigen Landesregierung nicht gut aufgestellt worden. In Ländervergleichen belegt Hessen beständig einen der letzten Plätze. Das Gestern scheint der CDU mitunter näher zu liegen, als das Morgen. Statt klug und zukunftsgerichtet zu handeln, gilt der Blick der



Regierungspartei überwiegend dem Vergangenen. Das hilft aber unseren Bürgerinnen und Bürgern und ihren Familien in keinem Falle weiter.

Deshalb steht meine Fraktion bereit nach der Landtagswahl Regierungsverantwortung zu übernehmen und Erziehung und Bildung den Stellenwert zu geben, den sie benötigen: Ganz oben auf der Prioritätenliste.

Dafür haben wir bereits heute ein modernes Kita-Gesetz vorgelegt. Dieses schafft die Beiträge in einem Stufenmodell komplett ab, für alle Betreuungszeiten, für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an und auch in der Tagespflege. Das bedeutet also mehr Geld für unsere Eltern im Land. Zudem wollen wir die Qualität der Erziehung verbessern, indem wir Zuschläge für die Leitungstätigkeit, für die mittelbare pädagogische Arbeit, wie z.B. für Elterngespräche und für Vor- bzw. Nachbereitung, sowie für die Ausfallzeiten bei Urlaub und Krankheit vorsehen.

Zu diesen und weiteren Themen lesen Sie mehr in meinem Newsletter.

Ihre

Heike Hofmann

Heike Hofmann, MdL

Heike Hofmann, MdL
Wahlkreisbüro
Wilhelminenstraße 7 a
64283 Darmstadt
www.heikehofmann.net





SPD-Entwurf steht für wirkliche Beitragsfreiheit, deutliche Qualitätsverbesserung und bessere Landesfinanzierung

Heike Hofmann verweist auf die erheblichen Vorteile des Entwurfs eines Kita-Gesetzes ihrer Fraktion. „Unser Gesetz schafft die Beiträge in einem Stufenmodell komplett ab, für alle Betreuungszeiten, für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an und auch in der Tagespflege. Unser Gesetz verbessert erheblich die Qualität, indem Zuschläge für die Leitungstätigkeit, für die mittelbare pädagogische Arbeit, wie z.B. für Elterngespräche und für Vor- bzw. Nachbereitung, sowie ein auskömmlicher Zuschlag für die Ausfallzeiten bei Urlaub und Krankheit vorgesehen sind. Unser Gesetz stellt die Landesförderung wieder auf Gruppen um, ist wesentlich einfacher und deutlich höher. Am Ende trägt das Land dann 2/3 der Betriebskosten“, erläutert die SPD-Politikerin.

Im Gegensatz hierzu sei das schwarz-grüne Modell deutlich schlechter, betont sie im Weiteren. „Wir haben in der Anhörung für unseren Gesetzentwurf viel Zustimmung erhalten, weil wir die Qualität in der Kinderbetreuung durch deutliche Erhöhung des Personalschlüssels verbessern. Dieser Aspekt bleibt bei dem Entwurf von Schwarz-Grün gänzlich auf der Strecke. Und auch bei der Gebührenfreiheit bleibt der Entwurf auf halber Strecke stehen und verursacht dadurch viel Unsicherheit. Bis heute ist unklar, ob nun „sechs Stunden“ oder „bis zu sechs Stunden“ gebührenfrei sind, weil Gesetzestext und Begründung voneinander abweichen. Bis heute ist unklar, wie die Beiträge für die über sechs Stunden hinausgehenden Zeiten berech-

net werden können. Auf beide Fragen haben uns die Vertreterinnen und Vertreter von Schwarz-Grün keine Antwort geben können“, kritisiert Hofmann.

„Auch wenn wir für unseren Gesetzentwurf keine Mehrheit bekommen, bleibt er auf der Tagesordnung: Man kann diesen Gesetzentwurf wählen und zwar am 28. Oktober 2018 bei der Landtagswahl und damit für wirkliche Gebührenfreiheit, für deutlich mehr Qualität und für eine einfache, aber verbesserte Landesförderung der Kitas stimmen“, unterstreicht die Abgeordnete.

Enquete zur Bildungspolitik schafft Grundlage für eine bessere hessische Bildungspolitik

Heike Hofmann verweist nach fast vierjähriger Arbeit auf den Abschluss der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“.

„Der Bericht beantwortet nicht jede Frage des Einsetzungsbeschlusses, aber er liefert eine Menge Material zur Beantwortung praktischer Fragen und zu konkreten Ansätzen bildungspolitischer und pädagogischer Praxis und zu den Chancen, die sich daraus ergeben“, so die SPD-Politikerin. Die Kommission habe sich intensiv mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen schulischer Bildung befasst und mit großer Akribie und enormem zeitlichen und intellektuellen Aufwand ausgelotet, wo konkretes Handeln möglich und notwendig sei.



Zur Weiterentwicklung von Schule müssen nicht alle Fraktionen in allen Punkten übereinstimmen. „Der Konsens oder gar der immerwährende Schulfrieden ist eine fragwürdige Kategorie und eine politische Fata Morgana“, betont Hofmann. Es gehe um Inhalte, gemeinsame Positionen und darum, gemeinsame Handlungsempfehlungen zu entwerfen. Ein roter Faden der Arbeit sei die Forderung nach multiprofessionellen Teams gewesen. Ein weiterer, dass sich Schule öffnen müsse – gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, Trägern der Jugendarbeit, Betrieben und Verwaltungen wie auch außerschulischen Bildungsträgern, und ein dritter, dass es in Hessen einen immensen Bedarf an Fort- und Weiterbildung gebe. Deshalb gelte es in Zukunft die konkreten Handlungsempfehlungen sukzessive umzusetzen. „Die Kreidezeit an den hessischen Schulen geht zu Ende, die digitale Zukunft zieht auch hier ein. Wir möchten diesen Prozess nach der Landtagswahl in Verantwortung gestalten und werden mit unseren Vorschlägen vor die Wählerinnen und Wähler treten“, so Hofmann abschließend.

Finanzielle Spielräume schaffen – Gegen eine „Knechtung“ der hessischen Kommunen

Die SPD-Fraktion hat den Gesetzentwurf der schwarz-grünen Koalition zur sogenannten „Hessenkasse“ abgelehnt. Dies aus gutem Grund, da jährlich nur 66 Millionen Euro „echte“ Landesmittel zu den notwendigen gut 245 Millionen Euro für die Thüringer Kommunen beigesteuert werden sollen. „Das macht kein Drittel

an Landesgeld aus, den Löwenanteil zahlen die Kommunen selbst“, kritisiert Hofmann.

Dabei sei für die Misere der Kommunalfinanzen die seit fast zwanzig Jahren CDU-geführte Landesregierung verantwortlich. Die Übertragung von immer mehr Aufgaben an die Kommunen ohne ausreichende Landesfinanzierung lassen deren Haushalte zunehmend abrutschen. „Allein das Kassenkreditvolumen hat sich seit 2005 verdoppelt“, unterstreicht die Abgeordnete.

„Die SPD-Fraktion befindet sich mit ihrer Einschätzung in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. „Die Botschaft der Koalition ist eindeutig: Der Bürger und die Kommunen sollen unter Zwang zahlen. Die CDU-geführte Landesregierung will sich für diese finanzielle ‚Knechtung‘ auch noch loben lassen“, so Hofmann kritisch. Die Abgeordnete erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass den Kommunen allein 2 Milliarden Euro zwischen 2011 und 2015 netto vom Land entzogen wurden.

Enquetekommission für Verfassungsreform – Sehr gute Vorschläge aber Nachholbedarf bei gebührenfreier Bildung

Die Rechtspolitikerin Heike Hofmann weist darauf hin, dass der Hessische Landtag kürzlich in Zweier Lesung die Gesetzentwürfe zur Verfassungsreform beraten hat. „Mit der vorgesehenen größten Änderung der Hessischen Verfassung seit 72 Jahren wird sichergestellt, dass die Verfassung für heutige und zukünftige Herausforderungen gewappnet ist.“



Es lohne sich, dafür selbstbewusst bei den Bürgerinnen und Bürgern zu werben, damit den einzelnen Artikeln der Verfassungsänderung bei der anstehenden Volksabstimmung zugestimmt werde. „In der Enquetekommission herrschte sowohl zwischen den Fraktionen als auch in der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen eine vorbildliche Debattenkultur, die Maßstäbe für demokratisches Ringen um wichtige Inhalte setzt“, so Hofmann weiter.

„Insbesondere die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung, die Verankerung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frau und Mann sowie die Einrichtung eines Datenschutzgrund-



rechts sind sehr positiv zu bewerten“, so die Abgeordnete weiter.

Der SPD sei außerdem die Aufnahme von Kinderrechten sehr wichtig gewesen. Mit diesen nehme Hessen eine Vorreiterrolle ein.

An eine große hessische Tradition „Hessen vorn“ knüpfe auch der neue Artikel zur informationellen Selbstbestimmung an. Die Nutzung der Informationstechnik führe zu neuen Möglichkeiten, aber auch neue Gefährdungen für die Persönlichkeit. „Wir wollen durch den neuen Verfassungsartikel die Chancen nutzen, aber die Risiken eindämmen“, unterstreicht die rechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Die SPD-Fraktion sehe es als sehr positiv an, dass in einem neuen Artikel die Förderung der

Infrastruktur als Staatsziel vorgesehen sei. Die Errichtung und der Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur und von angemessenem Wohnraum zu bezahlbaren Bedingungen solle als Staatsauftrag festgehalten werden. Damit werde ein Staatsauftrag formuliert, der die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gewährleiste und der Privatisierung eine Absage erteile.

Stolz sei ihre Fraktion auf die weitere Stärkung der Volksgesetzgebung. „Wir sind uns sicher, dass hier eine richtige Abwägung getroffen wurde, um einerseits eine Volksgesetzgebung durch Absenkung der Quoren zu erleichtern und andererseits Vorsorge getroffen wurde, dass Populisten durch die Hessische Verfassung kein Instrument erhalten, ihr böses Spiel zu treiben“, sagt die SPD-Politikerin.

Ein großer Wermutstropfen für die SPD bleibe aber: „Unsere Vorstellungen zur kostenfreien Bildung von Anfang an sowie zum Verbot von Studiengebühren wurden trotz Zustimmung betroffener gesellschaftlicher Gruppen leider nicht Teil des Konsenses der Enquete“, so die Abgeordnete. „Gerade nach dem auch im Staatsgerichtshof selbst höchst umstrittenen Urteil von 2008, das Studiengebühren als verfassungskonform beurteilt hat, muss klipp und klar in der Verfassung das Verbot von Studiengebühren geregelt werden. Denn jeder muss wissen: ohne Verfassungsänderung können politische Mehrheiten die Studiengebühren wieder einführen. Das will die SPD verhindern.“



Zudem wolle die SPD sicherstellen, dass Bildung von Anfang an, ab dem ersten Lebensjahr gebührenfrei sei. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Schule kein Geld koste, aber die Kinderbetreuung erhebliche Löcher in die Elternkasse reiße. Auch die Tatsache, dass Meisterlehrgänge Geld kosten können, aber ein Studium gebührenfrei sei, mache deutlich, dass es notwendig sei Bildung von Anfang an bis zum Meister oder Studienabschluss beitragsfrei zu stellen.

Abschließend zieht Hofmann das folgende Fazit: „Die Verfassungsreform hat sehr gute Ergebnisse gebracht, bei der gebührenfreien Bildung gibt es aber noch Nachholbedarf.“

SPD steht für vollständige Abschaffung der Straßenbeiträge

Die Rechtspolitikerin Hofmann stellt klar, dass das Maßnahmenpaket zu den Straßenausbeiträgen von CDU, Grünen und FDP die Bürgerinnen und Bürger in Hessen nicht entlasten wird.

„Die Vorschläge von CDU, Grünen und FDP zu den Straßenausbeiträgen führen ins Leere. Die Ungerechtigkeiten für die Grundstückseigentümer können so nicht verhindert werden. Die SPD will die Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich entlasten. Wir stehen deshalb für eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“, betont die Abgeordnete.

„Zudem wollen wir die Kommunen mit der Finanzierung ihrer kommunalen Infrastruktur nicht alleine lassen. Bei einer Abschaffung der Straßenbeiträge, brauchen die Kommunen deshalb einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss. Wir wollen allen hessischen Kommunen eine Investitionspauschale zur Verfü-

gung stellen, die den Verlust der Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen ausgleichen soll. Wir halten dies für einen unbürokratischen Weg, der den Kommunen und den Grundstückseigentümern tatsächlich weiter hilft“, so Hofmann.

Regierung zu langsam – Ganztagschulbau im Schneckentempo

Von einer Teilnahmequote von 70 Prozent der rund 1.700 hessischen Schulen am Ganztagschulprogramm zu sprechen, ist eine Mogelpackung“, betont Heike Hofmann. „Zwei Stunden miteinander einmal die Woche am Nachmittag macht noch keine Ganztagschule. Wenn ein Schüler

einmal in der Woche eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nimmt, zählt Schwarz-Grün die Schule



schon zum Ganztagsprogramm“, weist Hofmann auf die verquere Statistik der Landesregierung hin.

Zudem setze das hessische Sparprogramm „Pakt für den Nachmittag“ vor allem auf Betreuung statt auf Bildung.



Die Landesregierung solle hier endlich auf das Etikett Ganztagschule verzichten, denn eine Schule mit kostenpflichtiger Betreuung aber ohne pädagogisches Konzept habe nicht das Geringste mit einer Ganztagschule zu tun. Die meisten Pakt-Schulen seien zudem schon zuvor im Ganztagsprogramm gewesen.

Schwarzgrün stehe beim Ausbau echter Ganztagschulen auf der Bremse. „Wenn der Ausbau weiter im bisherigen Schneckentempo erfolgt, werden noch Jahrzehnte vergehen, bis wir flächendeckend qualitativ und pädagogisch hochwertige Ganztagschulen haben. Wir brauchen endlich mehr Schulen mit einer ausgewogenen Verteilung von Unterricht auf den Vor- und Nachmittag, an denen ein pädagogisch sinnvoller und kindgerechter Rhythmus aus Lern-, Arbeits- und Spielzeiten stattfindet, der angemessen individuell auf die Stärken und Schwächen der Schüler eingeht. Darauf legen Eltern Wert“, betont die SPD-Politikerin.

Nicht vergessen dürfe man, dass es aufgrund des Lehrermangels ohnehin schwierig sei, genügend Lehrkräfte für den Ganztagsbereich zu finden. Eine gute Ganztagschule aber benötige genügend Fachkräfte, die Ganztagsunterricht als pädagogische Chance begreifen. Um die Herausforderung Ganztage besser meistern zu können, seien auch spezifische Fortbildungen, Coaching und wissenschaftliche Begleitung wie auch eine weitere Steigerung der Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte notwendig.

Opel in Hessen – Umkehr und neue Gespräche notwendig

„Viele Hoffnungen und Erwartungen haben sich mit der Übernahme von Opel durch den PSA-Konzern und dessen Zusagen verbunden. Ein gutes Jahr später will die Konzernleitung offensichtlich von allen diesen Zusagen nichts mehr wissen. Wir erwarten, dass diese Zusagen von PSA eingehalten werden“, betont die Rechtspolitikerin Hofmann.

Die Konzernleitung müsse umdenken und in ihrer Überlegungen einbeziehen, dass in Deutschland der soziale Kompromiss die Grundlage für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln ist. Opel brauche ein Geschäftsmodell, das der Marke, den Standorten und den Beschäftigten eine nachhaltige Zukunft über das Jahr 2020 hinaus biete. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass es Veränderungen brauche, so die SPD-Politikerin weiter.

„Erfolgreiche Veränderungen leben von Vertrauen und Partnerschaft. Beides beschädigt die Konzernleitung mit ihrem Verhalten. Das kann nur in einer Sackgasse enden. Verlierer dieser Entwicklung werden alle sein: Beschäftigte, Management, das Unternehmen und die Standortregionen. Aus der Sackgasse gibt es nur einen Ausweg, durch die Umkehr und neue gemeinsame Gespräche“, so Hofmann.



Mietpreisbremse in Hessen unwirksam – Regieren muss man können

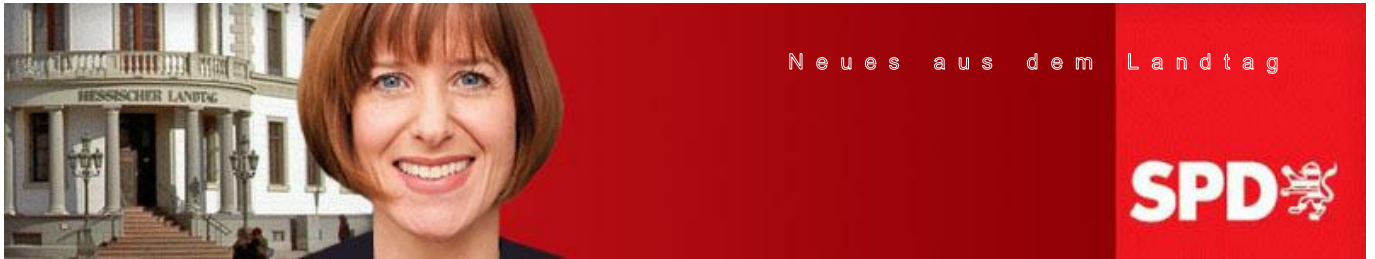
Die Landesregierung habe grob geschlampt, betont die Rechtspolitikerin Hofmann. „Regieren muss man können“, sagt sie weiter. Die Landesregierung verantwortete mit ihrer mangelhaften Politik, dass die Mieter in Hessen jetzt wohl wesentliche höhere Mieten erwarten“, so die Abgeordnete weiter. Anlass für die aktuelle Diskussion ist, dass die von der hessischen Landesregierung erlassene Verordnung zur Mietpreisbremse vor Gericht keinen Bestand hatte, weil sie nicht ausreichend begründet wurde.

Die Ministerin sei der Auffassung, dass sich eine Veröffentlichungspflicht für die Begründung der entsprechenden Verordnung nicht aus dem Gesetz ergebe, sagt die Abgeordnete weiter. „Diese Auffassung ist unzutreffend. Die Ermächtigungsgrundlage enthalte ausdrücklich eine Begründungspflicht“, unterstreicht Hofmann. Hierzu heißt es in der Gesetzesbegründung: „Auf diese Weise sollen die Entscheidungen der Landesregierungen nachvollziehbar gemacht werden, insbesondere im Hinblick darauf, aufgrund welcher Tatsachen die Gebiete bestimmt wurden und welche Begleitmaßnahmen geplant sind, um die Anspannung der Wohnungsmärkte zu beseitigen.“

Bereits im Gesetzgebungsverfahren hätten die Länder versucht, diese Begründungspflicht zu streichen und seien mit dem Vorhaben gescheitert. Das Problem sei der Landesregierung also bekannt gewesen. Die Bundesregierung habe im Bundesrat ausgeführt: „Die Pflichten zur Begründung der Rechtsverordnungen, mit denen

die angespannten Wohnungsmärkte ausgewiesen werden sollen, dienen der Transparenz. Vermieterinnen und Vermieter sollen wissen, warum sie in ihrem Gebiet nicht die Marktmiete verlangen dürfen. Nur so können wir erwarten, dass zumindest die Mehrheit der Vermieterinnen und Vermieter die Beschränkung akzeptiert.“

„Die Regierung hat ihr Wissen ignoriert oder zumindest fahrlässig nicht angewendet. In der freien Wirtschaft wäre man hierfür entlassen worden. In Hessen haben die Wählerinnen und Wähler, hier insbesondere die Mieterinnen und Mieter, die Möglichkeit den Regierungsparteien ihre persönliche Note bei der Landtagswahl zu geben. Die SPD steht für eine schnelle Wiedereinführung einer rechtssicheren Mietpreisbremse“, betont Hofmann.



**Zum Schluss wie immer
„Politik zum Anschauen“**

Hier bitte noch ein aktuelles Bild einfügen

Heike Hofmann, MdL
Wahlkreisbüro
Wilhelminenstraße 7 a
64283 Darmstadt
www.heikehofmann.net

